



Gesellschafts- und betriebspolitische Erklärung der IG Metall

Vertrauensleutekonferenz der IG Metall 15.-17. November 2012

Ausgangslage

Unabhängig von der konkreten konjunkturellen Entwicklung wird die Ökonomie global, in Europa und in Deutschland kurz- und mittelfristig von Unsicherheit geprägt sein. Risiken bestehen darin, dass die weltweiten Ungleichgewichte insbesondere im Euroraum fortbestehen und der Finanzsektor auch weiterhin instabil bleibt.

Sofern sich die Risiken nicht mindern lassen, werden die verschiedenen Wirtschaftssektoren in der zeitlichen Abfolge und im Umfang unterschiedlich betroffen sein, je nachdem, ob es sich um konsumnahe Bereiche (z. B. Automobil), oder etwa um das Investitionsgüter-produzierende Gewerbe (z. B. Stahl, Maschinenbau) handelt. Gravierende Ereignisse – etwa im Kontext der Euro-Krise - sind nicht ausgeschlossen.

Die Stärke der IG Metall ist ihre politische Glaubwürdigkeit und ihre betriebs-, tarif- und gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit. Dies haben wir in der Krise 2009/10 bewiesen.

Gemeinsam mit einer großen Mehrheit in der Bevölkerung setzt sich die IG Metall für einen Kurswechsel hin zu mehr Demokratie, Gerechtigkeit sowie sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit ein. Dafür üben wir auch aktive Solidarität mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen in den europäischen Nachbarländern!

Darüber hinaus - neben den ökonomischen und sozialen Herausforderungen – ist die Verteidigung und der Ausbau von Demokratie gegen Rechtsextremismus in allen seinen Formen eine der größten Herausforderungen für die Gewerkschaften.

Kündigungen von Stammbeschäftigten, Leiharbeitnehmern und befristet Beschäftigten sind keine Lösung von Beschäftigungsproblemen. Sie sollen mit den bewährten Instrumenten zur Krisenbewältigung gelöst werden.

Die 20. Bundes-Vertrauensleutekonferenz der IG Metall richtet folgende Forderungen an Wirtschaft und Politik:

- 1. Die gewerkschaftlichen Grundwerte Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit und Würde müssen zum Leitmotiv für einen Kurswechsel in Politik, Gesellschaft und Betrieb werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene durchgesetzt wird.**
- 2. Wir treten ein für menschenwürdige sichere Arbeit und faire Bezahlung. Das heißt, nachhaltiges, auch am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften, Vermeidung prekärer Arbeit und Stärkung der Tarifautonomie.**
- 3. Wir fordern die Politik und die Arbeitgeber auf, mit uns verbindliche Regelungen zu treffen, damit die Beschäftigten gesund in Rente gehen können. Dazu gehört eine Reform des Rentenrechts, die langjährig Beschäftigten die Möglichkeit eröffnet, ohne Abschlüsse flexibel in Rente gehen können. Den Irrweg der „Rente 67“ lehnen wir entschieden ab.**
- 4. Wir brauchen die Erweiterung von Mitbestimmungsrechten und eine Stärkung der Vertrauensleute. Wir müssen unsere Aktivitäten über den Betriebsbegriff, wie ihn derzeit das Betriebsverfassungsgesetz beschreibt, hinaus ausdehnen – hin zu einem gesellschaftspolitischen Betriebsbegriff, der das Werkgelände, den Standort bzw. die Region als Grundlage hat. Ein Betrieb – eine Belegschaft!**
- 5. Fair behandelte Belegschaften sind motivierte Belegschaften und sichern so den Erfolg der Unternehmen.**



Willingen, 17. November 2012
Die Vertrauensleute der IG Metall

Erläuterungen

Zu 1. Die Politik braucht einen Kurswechsel im Sinne der Arbeitnehmer/-innen

Arbeitspolitik steht im Zentrum unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Arbeit ist für Wohlstand und Entwicklung einer Gesellschaft entscheidend. Arbeit darf nicht zum Ramschwert verkauft und die Beschäftigten im Wirtschaftsprozess verschlissen werden. Sie müssen geschützt werden. Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen und ausgebaut werden. Qualifizierter Nachwuchs ist entscheidend für die Zukunft dieses Landes und für die Lebensperspektiven der einzelnen Menschen.

Die gewerkschaftlichen Grundwerte Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit und Würde sind das Leitmotiv für einen Kurswechsel in Politik, Gesellschaft und Betrieb.

Arbeitspolitische Ansätze im Sinne der Beschäftigten werden allerdings nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn sie mit einem Perspektivwechsel in Unternehmen und Wirtschaft verbunden werden. Die Entscheidungsprozesse in Unternehmen und Wirtschaft müssen demokratischer werden. Zukunftssicherung geht nur mit den Beschäftigten – nicht gegen sie.

Zu 2. Gute Arbeit – gut in Rente

Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze hat begonnen. Nicht mehr ältere Beschäftigte, sondern mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten – das werden die Folgen höherer Altersgrenzen sein!

Wir kennen den Arbeitsmarkt und die Wirklichkeit in den Betrieben: Die Rente mit 67 ist und bleibt eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der Sozialpolitik. Sie fördert Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Angesichts dieser Entwicklung sind auch die Unternehmen gefordert, sich endlich ihrer Verantwortung zu stellen. Nötig sind eine alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung, die die Chancen der Beschäftigten verbessert, gesund in Rente zu gehen, und eine Einstellungs- und Personalpolitik, die für Ältere Beschäftigungs- und Ausstiegsmöglichkeiten schafft.

Weder ein flexibles Rentenrecht mit fairen Bedingungen für den Altersausstieg noch eine auf die demografischen Herausforderungen abgestimmte Unternehmenspolitik sind heute Realität.

Unsere Kampagne »Gute Arbeit – gut in Rente« legt diese Missstände offen und wir fordern die Arbeitgeber auf, mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten einen »demografischen Interessenausgleich« zu vereinbaren, damit die Beschäftigten gesund in Rente gehen können. Zugleich streiten wir für eine Reform des Rentenrechts.

Zu 3. Über die Grenzen des Betriebes hinaus für faire Arbeit und eine Perspektive der Jungen Generation

Die Struktur der industriellen Wertschöpfung verändert sich. Die großen Markenhersteller verfolgen die Strategie, mit den Instrumenten Leiharbeit, Werkverträge und Outsourcing Kosten einzusparen. Besonders betroffen sind nachweislich junge Menschen, deren Chance auf eine gesicherte Zukunft unter diesen Bedingungen kaum Perspektive hat. Gleichzeitig wird unsere gewerkschaftliche Durchsetzungskraft geschwächt, weil diese Bereiche schwieriger zu organisieren sind.

Vertrauensleute und Betriebsräte sind gefordert, unseren Einfluss wieder zu stärken. Wenn wir als IG Metall nicht die Fähigkeit verlieren wollen, einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Entgelt und Arbeitsbedingungen zu erreichen und somit die Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt zu gestalten, müssen wir den Strategien der Unternehmen und ihrem unstillbaren Verlangen nach Profit Grenzen setzen.

Wir brauchen die tarifpolitische Erweiterung von Mitbestimmungsrechten. Wir müssen unsere Aktivitäten über den Betriebsbegriff, wie ihn das Betriebsverfassungsgesetz beschreibt, hinaus ausdehnen – hin zu



einem gesellschaftspolitischen Betriebsbegriff, der das Werkgelände, den Standort bzw. die Region als Grundlage hat.

Zu 4. Die Zukunft der Arbeit – menschenwürdig, gerecht und demokratisch

Die Erfahrungen mit finanzmarktgetriebenen Investoren und die Notwendigkeit einer Beteiligung der Beschäftigten an der sozialverträglichen Gestaltung eines ökologischen Wirtschaftsumbaus haben die Frage der Demokratisierung der Wirtschaft neu auf die Tagesordnung gesetzt. Sie muss mit der Revitalisierung von Demokratie insgesamt gesehen werden. Es geht um eine Erweiterung der Mitbestimmung auf allen Ebenen des Wirtschaftsprozesses.

Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben stehen unter Druck. Ausdehnung der Arbeitszeiten und Schichtsysteme, Leistungsdruck, psychische Belastungen, prekäre Beschäftigung und Ungleichbehandlung sind in vielen Betrieben auf der Tagesordnung.

Wir treten ein für menschenwürdige Arbeit und faire Bezahlung. Mitbestimmung und Entgeltgerechtigkeit müssen gefestigt werden und ausgebaut. Fair behandelte Belegschaften sind motivierte Belegschaften und sichern so den Erfolg der Unternehmen.

Unser Schwerpunkt *Demokratisierung der Wirtschaft* und unsere innerorganisatorisch gestärkten Beteiligungs- und Partizipationsmöglichkeiten bieten Ansatzpunkte, neue Partizipationsformen und Themen in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen.